

Mittwoch, 14. November 2007
Klimawandel unumkehrbar
Es wird noch schlimmer

Der Weltklimarat der Vereinten Nationen hält die Folgen des Klimawandels für unumkehrbar. "Selbst unter den striktesten Klimaschutzszenarien sind eine weitere Erwärmung und einige der damit verbundenen Auswirkungen im Laufe des 21. Jahrhunderts bereits unvermeidlich", heißt es in dem Entwurf für den neuesten Weltklimabericht, aus dem die "Berliner Zeitung" zitiert. Derzeit beraten im spanischen Valencia die Vertreter der 145 Staaten des Weltklimarates (IPCC) hinter verschlossenen Türen über die Endfassung des Papiers.

Zu den unvermeidlichen Folgen gehören laut Entwurf ein zunehmender Wassermangel, mehr Dürren, ein erhöhtes Risiko von Waldbränden sowie ein weiterer Anstieg des Meeresspiegels. Ohne durchgreifende Änderungen in der Klimapolitik würden bis 2100 hunderte Millionen Menschen unter Wassermangel leiden, mehr als 40 Prozent aller Arten aussterben und 30 Prozent aller Küstenfeuchtgebiete verlorengehen.

Energiesparen hat Schlüsselrolle

Bei den Handlungsempfehlungen spricht sich der Rat indirekt für eine Fortführung des besonders in den USA umstrittenen Klimaschutzprotokolls von Kyoto aus. Der Vertrag, in dem sich viele Staaten erstmals zu konkreten Emissionsminderungen verpflichtet hatten, habe "bemerkenswerte Errungenschaften" vorzuweisen, die eine Grundlage für eine künftige Klimapolitik sein könnten. Besonders erwähnt der Rat die Einrichtung eines weltweiten Kohlendioxidmarktes, verstärkte Anstrengungen in der Forschung und Entwicklungshilfe, eine sachgemäße Biomasseproduktion und Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs in Gebäuden und in der Forstwirtschaft. Energiesparen müsse "eine Schlüsselrolle spielen". Laut Entwurf rechnet sich der Kampf gegen die Erderwärmung auch ökonomisch: Der Nutzen des Klimaschutzes überwiege die Kosten.

In seinen Berechnungen geht der Rat davon aus, dass selbst für den Fall, dass es ab sofort keinen Treibhausgas-Ausstoß mehr gäbe, die weltweiten Durchschnittstemperaturen wegen der langen Reaktionszeiten in der Atmosphäre bis Ende dieses Jahrhunderts um bis zu 0,9 Grad Celsius steigen werden. Falls die Emissionen weiter zunehmen, sei mit einem Anstieg um bis zu 6,4 Grad zu rechnen. Unter diesen Bedingungen könnte der Meeresspiegel laut Entwurf im Verlauf der nächsten Jahrhunderte sogar bis zu sieben Meter ansteigen, der grönländische Eisschild wäre dann "praktisch vollständig" verschwunden.

Folge "menschlicher Aktivitäten"

Der Bericht beschreibt den Angaben zufolge auch die Klimabilanz der vergangenen Jahre. So gehörten laut Entwurf elf der vergangenen zwölf Jahre zu den wärmsten Jahren seit Wetteraufzeichnungen, im vergangenen Jahrhundert seien die Temperaturen um 0,7 Grad gestiegen. Seit 1993 sei der Meeresspiegel um etwa drei Millimeter im Jahr angewachsen. Dies sei "Folge menschlicher Aktivitäten", stellt der Klimarat fest.

Bis Samstag sollen die Experten und politischen Vertreter das Dokument verabschieden. Es ist der vierte und damit abschließende Teil des diesjährigen Klimaberichts, der die Basis für die Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll im kommenden Monat auf Bali legen soll.

Zoff in Deutschland

Derweil streitet in Deutschland die Regierungskoalition weiter über die deutschen Klimaschutzziele. Während die SPD den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 reduzieren will, lehnt die Union einem Medienbericht zufolge eine solche Festlegung ab. Wegen der Differenzen werde es zu keinem gemeinsamen Antrag im Bundestag im Vorfeld von Bali kommen.

"Die Union muss jetzt klären, wer beim Thema Klimaschutz den Ton angibt: die Kanzlerin oder die Bremser in der Fraktion", sagte SPD-Fraktionsvizechef Ulrich Kelber der "Berliner Zeitung". Während die Kanzlerin Sonntagsreden über das Klima halte, gehe die Fraktion auf Distanz.

Der Weltklimarat empfiehlt den Industriestaaten, den Anstieg der globalen Temperaturen auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Dazu muss nach Berechnungen der Experten in den Industriestaaten der Ausstoß von Treibhausgasen um 80 Prozent sinken. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte sich bereits mehrmals zu dem Zwei-Grad-Ziel bekannt. Kelber sagte, ohne ein ehrgeiziges Bekenntnis auf 80 Prozent werde es mit der SPD keinen Antrag geben. "Kein Beschluss ist besser als ein schlechter Beschluss", betonte Kelber. Der CDU-Umweltpolitiker Andreas Jung sagte dagegen, man sei sich bis auf einen Punkt einig gewesen. Es gebe aus Sicht der Union aber keine belastbaren Zahlen, die das 80-Prozent-Ziel untermauerten.

Adresse:

<http://www.n-tv.de/879368.html>